

Gutachter: Baldiger Ausstieg möglich

Atom-Studien entkräften Bonns Einwand

Von unserem Korrespondenten Rolf-Dietrich Schwartz

FR
4.9.86

BONN, 3. September. Ein sofortiger Verzicht auf Atomenergie würde weder einen Einbruch der Beschäftigung noch eine Krise im Wirtschaftswachstum oder starke Preissteigerungen zur Folge haben. Zu diesem übereinstimmenden Ergebnis, das im Widerspruch zu den Befürchtungen der Bundesregierung steht, kamen das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI, Essen), sowie das Öko-Institut (Freiburg) und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW, Berlin) in ihrem am Mittwoch in Bonn vorgelegten Gutachten für das Bundeswirtschaftsministerium.

Das dem Lager der Atomenergie-Befürworter zugerechnete RWI unter Leitung des Energieexperten und Mitglieds des Sachverständigenrates der „Fünf Weisen“, Professor Hans Karl Schneider, kam in seinem Szenario eines sofortigen Atom-Ausstiegs zu dem Ergebnis, daß unmittelbar mit einem um einen Prozentpunkt niedrigeren Wirtschaftswachstum, einem Verlust von 100 000 Arbeitsplätzen und einem Preisanstieg um 0,6 Prozent gerechnet werden müsse. Für die Zeit nach 1990 wiesen die Berechnungen dagegen geringere Auswirkungen auf; das Wachstum verlangsamte sich um 0,2 Prozent,

der Beschäftigungsrückgang beschränke sich auf 30 000. Auch ein mittel- bis langfristiger Verzicht auf Atomenergie in der Bundesrepublik würde nach übereinstimmender Einschätzung beider Gutachten wirtschaftlich keine unüberwindbaren Schwierigkeiten aufwerfen. Einig sind sich beide Gutachter über die Probleme steigender Umweltbelastungen, die das RWI allerdings für sehr viel schwerwiegender hält als die beiden Öko-Institute. Das Bundeswirtschaftsministerium will die Ergebnisse in seinem für Anfang Oktober vorgesehenen Energiebericht berücksichtigen.

Sehr viel ungünstiger sehen die RWI-Gutachter die Auswirkungen eines Sofort-Ausstiegs auf die Umwelt. Auch wenn der Mehrbedarf an fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) durch schadstoffarme, vor allem schwefelarme Brennstoffe gedeckt werde, würden die Emissionsbelastungen danach stark ansteigen: bei Schwefeldioxid lägen sie in der Spitze um 38 Prozent, bei Stickoxid um 41 Prozent höher als im Fall unveränderter Atomkraftnutzung. Allerdings führten die vorgesehenen schärferen Umweltschutzaufgaben in den 90er Jahren zu merklichen Reduzierungen der zusätzlichen Emissionen, schrieb das RWI.

Das Gemeinschaftsgutachten des Öko-Institutes und des IÖW räumt für den Fall des sofortigen Ausstiegs zwar die Probleme der steigenden Schadstoffbelastungen ein, die allerdings durch ein

Tempolimit im Straßenverkehr erheblich verringert werden könnten. Zugleich warf es aber anderen Gutachtern vor, daß die Risiken, Emissionen und Abfälle der Atomenergie nicht „gegengerechnet“ würden. Im Jahr 1985 hätten beispielsweise die radioaktiven Emissionen der Atomkraftwerke rund 500 Billionen Becquerel betragen. Grundsätzlich geben die Ökologie-Institute außerdem zu bedenken, daß die mathematische Präzision von Modellberechnungen in keinem Verhältnis zu der Beliebigkeit der gemachten Annahmen stünden.

Ein kurzfristiger Ausstieg ist nach Gutachten der Öko-Institute technisch machbar und wirtschaftlich wie ökologisch vertretbar. Wegen der erheblichen Überkapazitäten (46 Prozent über der höchsten Beanspruchung im Januar 1985) gebe es auch nach dem Abschalten der Atomkraftwerke immer noch ausreichende Reserven. Die höheren Stromkosten seien volkswirtschaftlich zu verkraften.

Wie das RWI gehen auch die Öko-Institute von einem durchschnittlichen Strompreisanstieg um ein bis drei Pfennig pro Kilowattstunde aus.

Der mittelfristige Atom-Ausstieg bis Anfang der 90er Jahre ist laut Gutachten der Öko-Institute technisch noch problemlos und mit noch geringeren Strommehrkosten verbunden. Auch die Umweltbelastungen fielen dann sehr viel geringer aus. Unter der Annahme eines gleichbleibenden Stromverbrauchs als Folge veränderter Tarifstrukturen, verstärkter Stromangebote aus industrieller und kommunaler Kraft/Wärme-Kopplung durch veränderte Stromeinspeisungstarife und eines erhöhten Einsatzes regenerativer Energieträger (Wasser, Wind)

könne ein Anstieg der Kohlendioxid-Werte verhindert werden und sei wegen der Wirkungen der Großfeuerungsanlagenverordnung sogar mit einem Rückgang der Schwefeldioxid- (um 92 Prozent) und

der Stickoxidemissionen (um 80 Prozent) zu rechnen.

Auch nach den RWI-Gutachten gibt es beim langfristigen Verzicht auf Atomkraft weder in bestimmten Wirtschaftssektoren noch gesamtwirtschaftlich nennenswerte Probleme. Der zusätzlich auftretende Ausstoß an Schadstoffen sei bis zum Jahre 2000 unbedeutend. Danach allerdings stiegen die Belastungen wegen der vermehrten Steinkohle-Nutzung kräftig an.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) wies in seiner ersten Stellungnahme auf die „Lücken“ der Gutachten hin. So seien die Preis- und Umweltwirkungen für den Fall ausgeklammert, daß auch andere Industrieländer sich dem Ausstieg anschließen. Ebenfalls nicht erörtert blieben die Auswirkungen eines Ausstiegs auf den Sicherheitsstandard. Der Wirtschaftsminister teilte die Sorgen des RWI wegen erhöhter Umweltbelastungen und fürchtete um die Glaub-

würdigkeit der Wirtschaftspolitik insgesamt mit dann eintretenden negativen Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft.

Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) kommentierte, an der Energiepolitik der Bundesregierung werde sich nichts ändern. Die zivile Nutzung der Atomenergie sei in vollem Umfang verantwortlich, sagte er vor Journalisten.

Nach den Worten des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden und Leiter des Arbeitsbereichs Umweltschutz, Volker Hauff, „muß Minister Bangemann jetzt seine Schularbeiten neu machen“. Nach dem Prognos-Gutachten und den DIW-Schätzungen stehe es jetzt vier zu null gegen die Bundesregierung. Ihre Denkfaulheit werde immer mehr zum Risiko für die Zukunft. Gefahren und Risiken drohten bei einem unbeirrten Atomkurs, sagte Hauff.



AUCH BEI DER RECHTSLIBERALEN BUNDESREGIERUNG plötzlich salonfähig? Wissenschaftler des Freiburger Öko-Instituts und des Berliner Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung legten am Mittwoch in Bonn ihre von Wirtschaftsminister Martin Bangemann in Auftrag gegebenen Gutachten über die Folgen eines Atom-Ausstiegs vor. Von links nach rechts: Lutz Metz, Reinhard Priem, Professor Martin Jaenicke, Stephan Kohler und Rainer Griebhammer. (Siehe auch nebenstehenden Bericht). (Bild:AP)